



Antrag Nr. 1

Antragstitel: Bundesfreiwilligendienst - Ein Angebot im BDKJ-Bamberg

Hinführung:

Die Jugendfreiwilligendienste insbesondere das FSJ sind ein wichtiger Baustein der Arbeit des BDKJ-Bamberg. Hier erreichen wir junge Menschen und machen für sie über unsere Arbeit im Referat FSJ, insbesondere während der Bildungsseminare, Kirche und Jugendarbeit erlebbar. Nach Aussetzung der Wehrpflicht und der damit verbundenen Aussetzung des Zivildienstes wird nun durch die Bundesregierung ein neuer sog. Bundesfreiwilligendienst eingerichtet.

Antragstext:

Der BDKJ-Diözesanvorstand wird beauftragt nach Möglichkeit ab dem Jahrgang 2011/12 den neuen Bundesfreiwilligendienst - Nachfolger des Pflichtdienstes Zivildienst - anzubieten. Hierzu wird nach Möglichkeit ein neues Referat „Bundesfreiwilligendienst“ gegründet. Zielgruppe für unser Angebot sind dabei Jugendliche bis 27 Jahre.

Um keine Konkurrenz zum bestehenden sehr gut laufenden FSJ entstehen zu lassen wird das neue Konzept inkl. aller finanziellen Aspekte eng mit dem FSJ abgestimmt.

An der Frühjahrsdiözesanversammlung berichtet der Diözesanvorstand über die aktuellen Entwicklungen und den Stand der Umsetzung.

Begründung

Erfolgt mündlich



Antrag Nr. 2

Antragsteller: BDKJ-Diözesanvorstand

Antragstext:

Stellungnahme des BDKJ-Diözesanverbandes zur Verlängerung der Laufzeit für Atomkraftwerke

Bereits 1987 hat die BDKJ-Diözesanversammlung beschlossen, sich für eine atomkraftfreie Zukunft einzusetzen. Auch in den aktuellsten Beschlusslagen auf Landes- und Bundesebene unterstreicht der BDKJ seine Forderung nach dem Ausstieg aus der Atomenergie und nach einer Energiepolitik, die gleichermaßen zukunftsfähig ist, als auch Risiken und Belastungen für Mensch und Natur minimiert.

Vor dem Hintergrund unserer Beschlusslage und anlässlich der Entscheidungen der Bundesregierung zur Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken sowie der aktuellen gesellschaftlichen Debatte bekräftigt der BDKJ-Bamberg seine Forderungen nach einer atomkraftfreien, nachhaltigen sowie ökologisch und sozialverträglichen Gewinnung von Energie und verurteilt das Vorgehen der Bundesregierung als ein Paradebeispiel für unverantwortliche und undemokratische Lobbypolitik gegen den Willen von fast 80 Prozent der Bürger/innen in Deutschland. Dieser Politikstil ist weder christlich-sozial noch frei(heitlich)-demokratisch!

Da der Wechsel zu erneuerbaren Energien technisch realisierbar ist, gibt es keine ethische Rechtfertigung diesen zu verzögern. Auch wirtschaftliche Einwände sind nicht stichhaltig. Vielmehr sieht der BDKJ die Politik in der Verantwortung im Interesse heutiger und zukünftiger Generationen, den Atomausstieg und den Energiewechsel konsequent und schnellstmöglich zu vollziehen - das fordern wir heute, wie vor 23 Jahren!

Begründung:

erfolgt mündlich